



Faktenblatt

Datum: 13.12.2013

Vorentwurf zum Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe

Bei der Regelung der an Fachhochschulen vermittelten Gesundheitsberufe lehnt sich die Vorlage an das Medizinalberufegesetz (MedBG) an. Ähnlich wie im MedBG werden Anforderungen an die Studiengänge und deren Akkreditierung festgelegt und die privatwirtschaftliche Ausübung der entsprechenden Berufe in eigener fachlicher Verantwortung geregelt.

Hauptelemente des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG):

Bereich	Erläuterungen
Grundlagen	Das GesBG fördert im Interesse der öffentlichen Gesundheit die Qualität der Ausbildung und der Berufsausübung in den Gesundheitsberufen, die an den Fachhochschulen auf der Bachelorstufe vermittelt werden. Die Ausbildung von Personen, die einen Gesundheitsberuf nach diesem Gesetz ausüben, soll zu diesem Zweck bestimmten Anforderungen genügen. Zudem soll die Berufsausübung einer angemessenen Aufsicht unterliegen, falls sie in eigener fachlicher Verantwortung erfolgt.
Betroffene Gesundheitsberufe mit Fachhochschulabschluss	<ul style="list-style-type: none">- Pflegefachfrauen und -männer;- Physiotherapeutinnen und -therapeuten;- Ergotherapeutinnen und -therapeuten;- Hebammen;- Ernährungsberaterinnen und -berater.
Gesamtschweizerisch einheitliche Anforderungen an die Ausbildung	Die Vorlage legt gesamtschweizerisch und einheitlich fest, welche allgemeinen Kompetenzen im Rahmen von Fachhochschulstudiengängen im Gesundheitsbereich erlangt werden sollen. Die zu erreichenden berufsspezifischen Kompetenzen sollen durch den Bundesrat unter Mitwirkung der Fachhochschulen und der betroffenen Organisationen der Arbeitswelt erarbeitet und in einer entsprechenden Verordnung festgehalten werden. Die Regelung der berufsspezifischen Kompetenzen auf Verordnungsstufe erlaubt die raschere Anpassung der Studiengänge an veränderte Bedürfnisse der Arbeitswelt.

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Abteilung Kommunikation und Kampagnen, Sektion Kommunikation, media@bag.admin.ch, www.bag.admin.ch

Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.

Bereich	Erläuterungen
Anforderungen an Bachelor-Abschluss	Zentral sind allgemeine, soziale und persönliche sowie berufsspezifische Kompetenzen, die im Rahmen der Ausbildung in den einzelnen Gesundheitsberufen vermittelt werden sollen. Die erforderlichen allgemeinen Kompetenzen sind so formuliert, dass sie eine effiziente Partnerschaft sowohl mit den Berufskolleginnen und -kollegen als auch mit anderen Berufsgruppen fördern und die Tendenz zu isolierten Berufsgruppen verringern. Die betroffenen Gesundheitsfachleute müssen zudem über fundierte berufsspezifische Kompetenzen verfügen, die ihnen die Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung erlauben. Die Festlegung der berufsspezifischen Kompetenzen wird im GesBG an den Bundesrat delegiert.
Förderung der interprofessionellen Zusammenarbeit	Der Entwurf fügt sich in die schweizerische Bildungssystematik ein und wahrt die Kohärenz mit den im MedBG geregelten universitären Medizinalberufen (Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker usw.), den direkten Verbundpartnern (z. B. Kantone, OdASanté und Berufsverbände) und mit den im Berufsbildungsgesetz geregelten Gesundheitsberufen (z. B. Rettungssanität, Pflege HF) und den beruflichen Grundbildungen (z. B. Fachfrau/Fachmann Gesundheit). Zudem trägt er durch die Abstimmung mit anderen Berufsgruppen bezüglich Inhalt und Niveau der Ausbildung dazu bei, die Rolle der Gesundheitsberufe im Gesundheitswesen zu definieren.
Akkreditierung der Studiengänge	Mit der obligatorischen Akkreditierung der Programme wird die Qualität der Studiengänge gesichert.
Sicherstellung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen	Klare und bundesweit einheitlich geregelte Kompetenzen schaffen Transparenz über die in den entsprechenden Studiengängen erworbenen Berufsqualifikationen. Sie bilden zudem eine wichtige Voraussetzung für die Anerkennung ausländischer Diplome und für die interkantonale Mobilität der Inhaberinnen und Inhaber von schweizerischen Diplomen.
Gesamtschweizerisch einheitliche Reglementierung der Berufsausübung, der Berufspflichten und Disziplinar massnahmen	Da im Bereich der Gesundheitsberufe das Gefährdungspotenzial für die zu behandelnden Personen hoch ist, sieht die Vorlage eine Bewilligungspflicht für die Zulassung zur privatwirtschaftlichen Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung vor. Der Begriff "Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung" geht weiter als der Begriff "selbstständige Berufsausübung". Er ist kohärent mit der Revisionsvorlage des MedBG. Das GesBG sieht abschliessend geregelte Berufspflichten sowie Disziplinar massnahmen vor
Gleichberechtigte Berufsausübung	Der Vorentwurf berücksichtigt die besondere Situation im Bereich der Pflege, wo die Ausbildung sowohl an Fachhochschulen als auch an höheren Fachschulen angeboten wird. Beide Abschlüsse sind geeignet, um den Beruf in eigener fachlicher Verantwortung auszuüben. Sie sind deshalb mit Blick auf die Berufsausübung einander gleichgestellt. Deswegen sollen auch dieselben Berufspflichten und Voraussetzungen für eine Registrierung gelten. <ul style="list-style-type: none"> – In beiden Bildungsgängen werden Fähigkeiten erlangt, die ein hohes Qualitätsniveau bezüglich der Berufsausübung garantieren. Diese sind auf dem Arbeitsmarkt gesucht. Mit den Ausbildungsangeboten

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Abteilung Kommunikation und Kampagnen, Sektion Kommunikation, media@bag.admin.ch, www.bag.admin.ch

Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.

Bereich	Erläuterungen
	<p>auf diesen zwei Ebenen werden die Rekrutierungsmöglichkeiten für Gesundheitspersonal erweitert. Damit kann auch dem sich in Zukunft abzeichnenden Mangel an Gesundheitsfachleuten begegnet werden.</p> <p>Das GesBG stellt die beiden Ausbildungen einander in folgenden Punkten als gleichwertig gegenüber :</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Bewilligung zur Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung. - die Berufspflichten und die Disziplinar massnahmen <p>Die Leistungserbringer beider Ausbildungstypen werden ihr Angebot im Rahmen ihrer Kompetenzen und der gesetzlichen Bestimmungen weiter entwickeln. Die Anforderungen an die gesundheitsberuflichen Bildungsgänge an höheren Fachschulen bleiben im Berufsbildungsgesetz geregelt</p>
Schaffung eines Registers der Gesundheitsberufe	<p>Es stehen drei Varianten zur Diskussion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Register wird vom Bund geführt - die Kantone führen ein Register nach der Vorgaben des Bundes - auf ein Register wird verzichtet.
Reglementierung in Kompetenz der Kantone	<p>Die Reglementierung der Voraussetzungen für die Berufsbewilligung auf Bundesebene stellt sicher, dass gesamtschweizerisch einheitliche Regeln gelten. Die Berufsausübung ohne eigene fachliche Verantwortung wird der Regelungskompetenz der Kantone überlassen. Die Regelung der Berufsausübung in den öffentlich-rechtlichen Spitälern bleibt deshalb in der Kompetenz der Kantone.</p>
Regelung der Masterstufe ?	<p>Offen ist die Frage, ob im GesBG neben der Bachelorstufe auch die Masterstufe geregelt werden muss. Massgebend für die Beurteilung dieses Sachverhaltes ist, ob eine solche Reglementierung aus Gründen des Patientenschutzes und der Sicherung der Gesundheitsversorgung notwendig ist.</p> <p>Wird die Notwendigkeit der Bewilligungspflicht befürwortet, liegt es nahe, die Anforderungen an die Ausbildung und die Berufsausübung der Masterstufe ebenfalls im GesBG festzulegen.</p>

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Abteilung Kommunikation und Kampagnen, Sektion Kommunikation, media@bag.admin.ch, www.bag.admin.ch

Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.